



Breites Bündnis fordert: Amazon, Wish & Co. für illegalen Import umwelt- und gesundheitsschädlicher Produkte gesetzlich zur Verantwortung ziehen

Offener Brief von Umwelt-, Verbraucherschutz- und Wirtschaftsverbänden an Bundesminister Altmaier, Schulze und Lambrecht

26.11.2020

Die Bundesregierung muss Online-Marktplätze für den Vertrieb illegaler Produkte endlich zur Verantwortung ziehen. Dies fordert ein breites Bündnis aus Umwelt-, Verbraucherschutz- und Wirtschaftsverbänden sowie der Drogeriemarktkette Rossmann in einem Offenen Brief an Justizministerin Lambrecht, Umweltministerin Schulze und Wirtschaftsminister Altmaier. Anlass sind die bundesweiten Rabatt-Aktionstage Black Friday und Cyber Monday am 27. und 30. November. Auf Online-Marktplätzen wie Amazon, Joom oder Wish gibt es massenhaft Produkte, die ein Sicherheitsrisiko für Verbraucherinnen und Verbraucher darstellen und Vorgaben zum Umweltschutz nicht einhalten. Zudem ermöglichen die Online-Marktplätze bei Elektrogeräten, Batterien und Verpackungen, dass Vertreiber regelmäßig gesetzliche Rücknahmepflichten boykottieren oder die finanzielle Beteiligung an den Entsorgungssystemen verweigern.

„Die Bundesregierung muss dringend festlegen, dass auch beim Vertrieb über Online-Marktplätze immer ein verantwortlicher Akteur für Verbraucherinnen und Verbraucher greifbar ist. Kommen etwa Hersteller, Importeure oder Anbieter ihren Pflichten nicht nach, müssen die Online-Marktplätze die volle Verantwortung für die bei ihnen angebotenen Produkte übernehmen“, so die Organisationen. Den offenen Brief zeichnen die Deutsche Umwelthilfe (DUH), der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Germanwatch, der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) sowie die Dirk Rossmann GmbH.

Die vom Bundesumweltministerium zur Überarbeitung des Elektro- und Verpackungsgesetzes vorgeschlagene Prüfpflicht für Online-Marktplätze stellt aus Sicht der Unterzeichner des Offenen Briefes zwar eine Verbesserung dar, greift jedoch zu kurz. Die Marktplätze müssten dann lediglich überprüfen, ob Hersteller von Elektrogeräten und Verpackungen für eine ordnungsgemäße Entsorgung korrekt registriert sind. Ermöglichen sie dennoch den Vertrieb solcher Elektrogeräte und Verpackungen, zahlt jedoch weiterhin niemand die Entsorgungsentgelte. Zudem sind die Vertreiberpflichten nicht umfasst, sodass auf den Plattformen agierende Händler weiterhin Rücknahme- und Informationspflichten ignorieren können. Die falsche Entsorgung von schadstoffhaltigem Elektroschrott und Batterien im Hausmüll oder in der Umwelt wird dadurch begünstigt. Auch für Produkte mit zu hohem Schadstoffgehalt oder potentiell lebensgefährlichen

Kontakt

BDE
Bundesverband der Deutschen
Entsorgungs-, Wasser- und
Kreislaufwirtschaft e. V.
Von-der-Heydt-Straße 2
D 10785 Berlin

[https://www.bde.de/presse/
illegalen-import-uber-online-
marktplaetze-stoppen/](https://www.bde.de/presse/illegalen-import-uber-online-marktplaetze-stoppen/)

Pressemitteilung

Schwachstellen muss es einen rechtlich belangbaren Verantwortlichen geben.

BDE und Rossmann weisen darüber hinaus auf den unfairen Wettbewerb zwischen Einzelhandel und Online-Marktplätzen hin. Über die Plattformen können außereuropäische Händler einfach Fälschungen und unsichere Produkte nach Deutschland verkaufen. Gleichzeitig werden Kosten für eine ordnungsgemäße Entsorgung von Produkten und Verpackungen illegal umgangen. In Zeiten der Corona-Krise, die den stationären Einzelhandel unter Druck setzt und zu einem Boom von Online-Handelsplattformen führt, stellt diese Gesetzeslücke eine besondere Bedrohung für die Existenz vieler rechtmäßig arbeitender Unternehmen dar.

Kontakt:

Barbara Metz, Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin DUH
0170 7686923, metz@duh.de

Philipp Sommer, Stellvertretender Leiter Kreislaufwirtschaft DUH
030 2400 867-462, sommer@duh.de

Florian Schöne, Politischer Geschäftsführer DNR
030 6781775-99, florian.schoene@dnr.de

Bernhard Schodrowski, Leiter Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit BDE
030 590 03 35-20, schodrowski@bde.de

Ansgar Kluge, Syndikusrechtsanwalt, Dirk Rossmann GmbH
05139 898-5433, ansgar.kluge@rossmann.de

Sascha Roth, Referent für Umweltpolitik NABU
030 284984-1660, sascha.roth@nabu.de

Dr. Rolf Buschmann, Referent Technischer Umweltschutz BUND
030 27586-482, 0179 2191360, rolf.buschmann@bund.net

Johanna Sydow, Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche Germanwatch e.V.
030 2888356-91, sydow@germanwatch.org

Dr. Linn Selle, Referentin Team Büro Brüssel vzbv
030 25800-435, linn.selle@vzbv.de

DUH-Pressestelle:
Matthias Walter, Marlen Bachmann, Thomas Grafe
030 2400867-20, presse@duh.de

Kontakt

BDE
Bundesverband der Deutschen
Entsorgungs-, Wasser- und
Kreislaufwirtschaft e. V.
Von-der-Heydt-Straße 2
D 10785 Berlin

[https://www.bde.de/presse/
illegalen-import-uber-online-
marktplaetze-stoppen/](https://www.bde.de/presse/illegalen-import-uber-online-marktplaetze-stoppen/)